

**Antrag der Landessenior*innenkonferenz zur Regelung des §5 der
Landessatzung**

Information aus der Landesvorstandssitzung vom 20. Januar 2017

Information:	Der Landesvorstand nimmt den Beschluss der Delegierten der Landessenior*innenkonferenz zur Kenntnis.
Politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

f.d.R.

Dresden, den 20.Januar 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Der Sprecherrat der LAG Senioren empfiehlt, nachfolgendem Antrag eure Zustimmung zu geben:

Antrag der Delegierten der Landesseniorenkonferenz an den Landesvorstand

Eine angedachte Änderung, wie im Modell 2 - große Lösung zur Satzungsänderung vorgeschlagen und vom Landesparteitag beschlossen, wird von uns als Betroffene nicht mitgetragen.

Die im § 5 der Landessatzung festgelegte Regelung zur LAG Seniorinnen und Senioren ist auch in Zukunft so bei zu behalten.

Der Punkt :

"Die LAG SeniorInnen wird ein LwZ wie jeder andere auch. Über die eigene Organisation entscheidet die LAG."

ist zu streichen.

Begründung:

Der Sprecherrat der SeniorInnen als das gewählte Gremium für die Umsetzung der politischen Arbeit der LAG sieht keine Not, an dem jetzigen Zustand eine Veränderung herbeizuführen.

Bisher sind alle Kreisverbände im Sprecherrat sowie auf der LandesseniorInnenkonferenz vertreten.

Landesverband und Kreisverbände tragen gemeinsam Verantwortung für die seniorenpolitische Arbeit im Landesverband.

Das soll nach unserer Auffassung auch so bleiben.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Entscheidung der Delegierten:

Stimmen dafür : 50 dagegen: 3 Enthaltungen : 2